

Wirtschaft fordert Schulbau

Appell an alle Ratsmitglieder: Bürgerbefragung stoppen – Schule als „Leuchtturmprojekt“ bauen

VON CORVIN BORGARDT

BREMERVÖRDE. Mit einem eindringlichen Appell in Sachen Grundschulneubau richten sich die Bremervörder Wirtschaft und die Industrie- und Handelskammer (IHK) Stade vor der morgigen Stadtratssitzung an die Ratsmitglieder. Die gemeinsame Forderung: Verzicht auf die Bürgerbefragung und Neubau der Grundschule Nord – wenn finanzierbar als Modellprojekt.

Bremervörde brauche Vorzeigeprojekte, um als Wirtschaftsstandort attraktiver zu werden, sind sich Wirtschaftsgilde, City- und Stadtmarketing sowie IHK einig. Schon heute berge der teilweise besorgniserregende Fachkräftemangel existenzielle Gefahren für die Unternehmen am Standort. „Es gelingt kaum noch, hochqualifizierte Fachkräfte mit ihren Familien von außen nach Bremervörde anzuwerben. Neben anderen Faktoren ist dabei die vorhandene Schullandschaft regelmäßig ein wichtiges Entscheidungskriterium“, sagen sowohl Dr. Bodo Stange, Geschäftsführer der IHK Stade, als auch der Bremervörder Unternehmer Dr. Michael Schröder, Geschäftsführer des Bauunternehmens D. Schröder KG.

Vor diesem Hintergrund sehe

die Bremervörder Wirtschaft den derzeitigen Stand der Diskussion zur Entwicklung der Grundschulen mit großer Sorge. Angesichts der demografischen Entwicklung sei es richtig, das Thema jetzt zu diskutieren und umgehend zu entscheiden.

Aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen seien Standortschließungen und somit auch eine Zentralisierung des Grundschulangebotes in der Stadt Bremervörde unumgänglich. „An den Schulschließungen führt kein Weg vorbei. Wer das glaubt, irrt“, sagt Bodo Stange und fügt hinzu: „Diese Entscheidung ist nicht populär aber klug und sie muss jetzt getroffen werden.“

Diese unausweichliche Zäsur berge selbstverständlich Probleme, aber auch Chancen. Die Wirtschaft appelliert daher an die Beteiligten aller Ratsfraktionen, vor allem die sich momentan bietende Chance für den Standort Bremervörde optimal zu nutzen. „Die Situation muss genutzt werden, um die fraglos bestehende Qualität des Grundschulangebotes weiter deutlich auszubauen und eine neue Vorzeigeschule zu schaffen, die einen klaren Beitrag zur Attraktivität unserer Stadt leisten wird“, heißt es in der Stellungnahme der Wirtschaft, die

laut Michael Schröder in Sachen Schulneubau an einem Strang zieht.

Beim Bau und dem pädagogischen Konzept gelte es, die maximal erreichbaren Innovationen umzusetzen. „Der Entwurf des Architekten Tabery und das Konzept der pädagogischen Arbeitsgruppe weisen dafür die Richtung. Selbstverständlich müssen die Kosten finanzierbar sein. Die realisierbaren finanziellen Mittel setzen den Rahmen für die Entwicklung der neuen Grundschule“, so die Meinung der Bremervörder Wirtschaft.

Die aktuelle Diskussion werde unnötig durch Kostenprognosen belastet, die an einigen Stellen noch unpräzise seien. Die Bremervörder Wirtschaft werde ihre Kompetenz einbringen, um das Konzept und seine Finanzierung in Übereinstimmung zu bringen. Auch über den Bau und die Einrichtung hinaus sagt die Wirtschaft zu, die neue Grundschule langfristig zu begleiten.

„Die Bürgerbefragung macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Es kann dabei nichts herauskommen, was nicht die Politik entscheiden sollte“, sagt Bodo Stange, der einen Schulneubau als große Chance für Bremervörde sieht. „Man hat jetzt die Möglich-

keit, etwas Attraktives zu schaffen. Eine Modellschule kann ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt sein.“ Das zu zerreden, was bislang in der Schuldiskussion erreicht worden sei und den Wettbewerbsvorteil nicht zu nutzen, wäre aus Sicht der Wirtschaft töricht.

„Wenn wir die Schule als Leuchtturmprojekt bauen, können wir in Bremervörder Vorreiter in Sachen Grundschule sein“, appelliert Michael Schröder an die Ratsmitglieder, morgen gegen die Bürgerbefragung zu stimmen. Angesichts des demografischen Wandels, Fachkräftemangels und hoher Schulabbrecherquote besonders unter Migranten sei das Thema Grundschulneubau für die Wirtschaft keine „Luxusdebatte“, sondern überlebenswichtig.

Hintergrund

Kommende Woche hat die Stadt die Chance, in das Förderprogramm des Bundesbauministeriums aufgenommen zu werden und sich so eine Förderung von rund 2,13 Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten zu sichern. Die **Sorge der Wirtschaft:** Mit der Zustimmung zur Bürgerbefragung setze die Stadt ein falsches Signal und verspiele die Chance auf finanzielle Förderung.